

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung



Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend frühzeitig für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreise pro Monat 3.00 RM, frei ins Haus, einschließlich der Beilagen: „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Meile und Erdkunde“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die Nachgeschalteten 3 mm hohe (Weiß-) Zeile ober deren Name mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Reklamen sollen pro Zeile 40 Pf. Annahmgebühr für Platz, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Anzeigen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 7

Donnerstag, den 14. Januar 1932

25. Jahrgang.

Die Versicherungsreform.

Die Vorarbeiten im Reichsarbeitsministerium. — Der Standpunkt der Versicherungsträger.

— Berlin, 14. Januar.

Seit mehreren Tagen arbeitet die zuständige Abteilung des Reichsarbeitsministeriums an der gezielten Vorbereitung einer Reform der Sozialversicherung. Es besteht die Absicht, diese Arbeiten nach im Laufe dieses Monats zum Abschluß zu bringen, damit die Vorlage in den Kabinettsberatungen durchgesprochen werden kann. Der Reichsarbeitsminister will die Verwaltungsreform nicht auf dem Wege der Rotverordnung durchführen, sondern sie dem Reichstag bei seinem Zulassentritt im Februar vorlegen. Das Ziel der Verwaltungsreform hat der Leiter der Sozialversicherungsabteilung des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Grieser, wie folgt gekennzeichnet: „Die Beseitigung organischer Mängel im Bau und Aufbau der Versicherungsträger und die Befähigung der Versicherungsträger zu einer gezielten Vorbehaltung. Die Vorarbeiten sind dazu im Gange, die Beteiligten werden rechtzeitig gehört werden.“

Für die Invalidenversicherung wird mit einem Fehlbetrag für 1932 in Höhe von 200 Millionen RM. gerechnet. Die Landesversicherungsanstalten sind der Ansicht, daß das Reichsarbeitsministerium sehr ein zu großes Gewicht auf Organisationsfragen legt. Eine Verbesserung des organisatorischen Gebietes könne zwar in der Frage des Anlagensatzes und der Versicherungsämter geschehen, jedoch dürfe man die Reform, an der jetzt gearbeitet wird, nicht unter dem Gesichtswinkel der Verwaltungsstellen betrachten. Die Landesversicherungsanstalten äußern dabei auch Bedenken gegen die Zinsentzugsmaßnahmen und verlangen vom Reich eine Hilfe, damit eine finanzielle Erhöhung der deutschen Invalidenversicherung möglich sei. Diese Hilfe soll in einer Abnahme eines Betrages von 164 Millionen RM. Reichsschatzungen, die erst 1935 fällig werden, erfolgen. Die Landesversicherungsanstalten müssen jetzt diesen Posten an Stelle baren Geldes übernehmen. Die Verwaltungsstellen in der Invalidenversicherung betragen nach den eigenen Angaben 5 v. H.

Die Berufsgenossenschaften befinden sich in sehr großen Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten sind bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die mit vielen Millionen Postforderungen bei der Reichspostverwaltung rückständig sind, größer als bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Aber auch bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften mehrten sich die Schwierigkeiten von Tag zu Tag, da die Zahl der Betriebe immer kleiner wird und auch die Schulden durch die Wirtschaftskrise nicht tragfähiger geworden sind. Schulden kennen die Berufsgenossenschaften eigentlich nicht, denn sie beruhen auf dem Umlageverfahren, so daß also die Schulden jederzeit sofort gedeckt werden können.

Ihre Verwaltungskosten erklären die Berufsgenossenschaften als unvernünftig. Seit 1913 sollen sie sich nur im Verhältnis von ungefähr 1:14 erhöht haben. Durch den Wegfall der kleinen Renten haben sich die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften ganz beträchtlich verringert. Die Berufsgenossenschaften stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Verwaltungskosten niemals als Gradmesser für die Wirtschaftlichkeit einer Berufsgenossenschaft herangezogen werden können. Ein Aufwuchs der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, wiewohl nach dem Vorbild der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung leben sie ab. Sie sehen darin die Gefahr einer stillschweigenden Verfallgemeinerung und verlangen die Aufrechterhaltung der sachlichen Gliederung. Aus den gleichen Gründen wird eine reine gesellschaftliche Gliederung abgelehnt. Einmal und allein einer Zusammenlegung einer Reihe von Berufsgenossenschaften nach rein sachlichen Gesichtspunkten stimmen die Berufsgenossenschaften selbst zu. Durch die Einmischung der Berufsgenossenschaften, genannt wird z. B. die Schornsteinfegerberufsgenossenschaft, andere große Berufsgenossenschaften leben sie einen Weg zur Vereinfachung der Verwaltung. Weiterhin erwarten die Berufsgenossenschaften durch die Reform einen großzügigen Ausbau der Unfallversicherungspropaganda und deren Einführung in die Schulen.

Auch die Reichs-Knappschaft lehnt ihre Einführung in eine einheitliche Sozialversicherung grundsätzlich ab. Sie sieht darin eine Gefährdung ihres Charakters als Sonderversicherung, für dessen Beibehaltung sie unbedingt eintritt. Einer Zentralisierung innerhalb ihres eigenen Reiches stimmt die Reichs-Knappschaft insofern zu, als die Anzahl der zur Zeit bestehenden Knappschaftsbezirke (16) verringert werden kann, um die Verwaltungskosten zu senken. Eine solche Senkung glaubt die Reichs-Knappschaft auch durch innerbetriebliche Vereinigungen durchführen zu können. Die Beibehaltung der Selbstverwaltung der jetzigen Zusammenlegung des Verwaltungsausschusses und des Chancens als Sonderversicherung sind die grundlegenden Forderungen, welche die Reichs-Knappschaft an die kommende Reform stellt. Aber darüber hinaus wird auch eine grundlegende Veränderung des bisherigen Rechtsregimes der Sozialversicherung gewünscht. Als Vorbild für einen verbesserten Rechtszustand verweist die Reichs-Knappschaft auf die heutige Arbeitsgerichtsbarkeit und die paritätische Zusammenlegung der Arbeitsrichter.

Die Neuerungen der drei wichtigen Sozialversicherungsgebiete zu den Arbeiten des Reichsarbeitsministeriums einer Verwaltung.

Die Präsidentenfrage.

General Epp Kandidat der NSDAP? — Jungdeutscher Orden beantragt Volksbegehren.

— Berlin, 14. Januar.

In einer nationalsozialistischen Verammlung in Kempten gab der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der NSDAP, Staatsminister a. D. Frick, auf die Frage, ob eine Wiederwahl Hindenburg im Wege einer allgemeinen Volkswahl zustandekommen werde, eine verneinende Antwort ab. Auch bei einer etwaigen Volkswahl — so führte Dr. Frick nach dem darüber von einem Nachrichtenbüro veröffentlichten Bericht weiter aus — würden die Nationalsozialisten keinen Finger rühren, um den Reichspräsidenten Brüning nicht noch weiter zu unterstützen. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht gerufen werden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Ob es dazu kommen und wer dieser Kandidat der NSDAP sein wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Gerüchten zufolge sollen die Nationalsozialisten den General von Epp in Aussicht genommen haben.

Inzwischen hat nun der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, unter der Überschrift: „Volksfront für Hindenburg“ folgenden Aufruf erlassen:

Der Reichspräsident von Hindenburg hat seine Beileidigkeit erklärt, das Amt des Reichspräsidenten in der schicksalsschweren gegenwärtigen Zeit weiter zu führen, falls eine entsprechende Mehrheit des Reichstages ihre Zustimmung geben würde. Der Verlust, eine solche Mehrheit zustande zu bringen, ist gefährdet. In der Erörterung einer Volkswahl Hindenburg treten die Gegensätze der Parteien bereits erneut in den Vordergrund. Es liegt die große Gefahr vor, daß ein neuer Streit darüber entbrennt, wessen Kandidat der Reichspräsident von Hindenburg ist. Es liegt ferner die Gefahr vor, daß zum mindesten ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit zu erhalten, welche das deutsche Volk trotz aller vorhandenen Gegensätze in seinem Glauben an Hindenburg befestigt.

Die Jungdeutsche Bewegung hat daher bei der zuständigen Stelle die Zulassung eines Volksbegehrens auf Volksentscheid über folgendes Gesetz beantragt: „Unter Aufrechterhaltung entgegenstehender Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43, wird die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und Hindenburg um weitere sieben Jahre verlängert.“ Die Jungdeutsche Bewegung ruft alle Deutschen auf, alle Sonderinteressen zurückzustellen und an der Durchführung dieses Volksbegehrens sowie des nachfolgenden Volksentscheides mitzuwirken.

Ein entsprechender Antrag ist vom Reichstagsabgeordneten Bornemann bereits im Reichsinnenministerium ab-

gegeben worden. Gleichzeitig hat Artur Mahraun an die Führer aller politischen Gruppen, Verbände und Parteien einen Brief gerichtet, in dem er zu einer einheitlichen Volksfront für Hindenburg auffordert.

Zu der Fühlungnahme der Mittelparteien in der Präsidentschaftsfrage wird von der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei mitgeteilt, daß sie an diesen Besprechungen entgegen anderslautenden Meldungen nicht teilgenommen hat.

Erklärung der NSDAP.

— München, 14. Januar.

Die Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht eine eingehende Schilderung der Berliner Besprechungen. Danach hat Hitler schon in seiner ersten Aussprache mit Brüning am vorigen Mittwoch verfassungsrechtliche und politische Bedenken gegen die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten geäußert. Bei jeder neuen Zukunft habe Hitler diese Bedenken dann noch stärker betont und dem Kanzler gegenüber bedauert, daß die im Interesse des Reichspräsidenten distret zu behandelnde Angelegenheit bereits den Weg in die Presse gefunden habe.

Beitend ist für Hitler gewesen, so heißt es in der nationalsozialistischen Veröffentlichung dann weiter, einen Weg zu finden, der ohne Schädigung des Ansehens der Berlin des Reichspräsidenten und unter Berücksichtigung der Interessen der nationalsozialistischen Bewegung aus der durch den Reichstagskanzler herbeigeführten Lage herauszuführen könnte. Staatssekretär Weizsäcker betonte vor allem die Notwendigkeit, den für die Aktion, in seiner Weise verantwortlichen Reichspräsidenten dem parteipolitischen Pressetampf zu entziehen.

Hitler schlug am Sonntag durch Hauptmann Göring vor, dem Reichspräsidenten eine Denkschrift zu überreichen, aus der die Berechtigung seiner verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Vorschlag des Reichstagskanzlers hervorginge. Der Reichspräsident könne dann von sich aus, falls die vorgebrachten Gründe ihm beachtlich erscheinen, dem Reichstagskanzler den Wunsch zu übermitteln, den eingeschlagenen Weg nicht weiter zu verfolgen.

Am Montag wurde diese Denkschrift von Adolf Hitler fertiggestellt. Eine neue Unterredung mit Hugenberg ergab, daß der Führer der Deutschnationalen Volkspartei ebenfalls die Ablehnung auch durch die Deutschnationalen endgültig bestätigte. Am Dienstagvormittag wurde die Denkschrift an den Reichspräsidenten überreicht. Der Reichspräsident bat den Reichstagskanzler zu sich und ersuchte ihn nach seinem Vortrag, von einer weiteren Verfolgung seines Vorschlages Abstand zu nehmen.

Jeden Fall scheint die Bank von Frankreich nur geneigt zu sein, die Möglichkeit einer Verlängerung der Kreditlinie um vier Wochen zu prüfen. Die weiteren Schritte würden in hohem Maße von der Lausanner Konferenz abhängig sein.

In den Berliner Stillhalterverhandlungen soll eine erhebliche Annäherung der Standpunkte erzielt worden sein. Ein Abschluß der Verhandlungen wird für die nächste Woche erwartet. Die deutschen Teilnehmer an der Stillhalterkonferenz, Dr. Feils, Direktor Schlieper und Geheimrat Rastl, haben den erweiterten deutschen Stillhalterauschuß über den Gang der Verhandlungen unterrichtet, wobei auch das schweizerische Projekt der Freigabe bestimmter Beträge in Markform bei Wiederanlage mit Sperrfrist besonders eingehend erörtert worden ist.

Man hat den Eindruck, daß bei Aufstellung eines neuen Stillhalterabkommens auf Basis der bisherigen Verhandlungen eine Gefährdung des Devisenbestandes weitgehend ausgeschlossen wird.

Der Antrag des Jungdo.

— Berlin, 14. Januar.

Zu dem Antrag des Jungdeutschen Ordens auf Einleitung eines Volksbegehrens auf Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg erklärt man in parlamentarischen Kreisen, die Durchführung dieses Verfahrens würde wahrscheinlich so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß bis dahin die Neuwahl längst fällig geworden sei.

Schwere Kämpfe in der Mandchurie.

— Mukden, 14. Januar.

In der Mandchurie sind an verschiedenen Stellen japanische Abteilungen niedergemacht worden. So wurden bei Hsintintun 2 Offiziere und 30 Kavalleristen erschossen. Die westlich Richtung gelegene Stadt Beizweifang wurde von japanischen Fliegern bombardiert. Es wurden etwa 40

gen, daß noch große Meinungsverschiedenheiten über den Zweck der Reform und den Weg bestehen. Es wird nun beim Reichsarbeitsministerium liegen, entsprechend der Aufündigung von Ministerialdirektor Grieser die Beteiligten rechtzeitig zu hören.

Lausanne ohne Amerika.

Günstiger Verlauf der Stillhalterverhandlungen. — Der französische Kreditrunder.

Nach den letzten Meldungen aus Washington wollen die Vereinigten Staaten, um jeden Anstoß einer erneuten amerikanischen Initiative zu vermeiden, zur Reparationskonferenz in Lausanne nicht einmal einen amerikanischen Beobachter entsenden. Angesichts der vom Kongreß betadelten Einstellung, so bemerken die amerikanischen Zeitungen dazu, müsse sich Präsident Hoover in das Unvermeidliche schicken. Eine Klärung der amerikanischen Einstellung lasse das Bevorstehen der Präsidentenwahlen nicht zu.

In der Diskussion über die Reparationsfrage nimmt die in London erscheinende „Daily Mail“ jetzt dahin Stellung, England tue gut daran, jeden Streit mit Frankreich zu vermeiden. „Ein Deutschland, das von allen Tributzahlungen befreit wäre, würde infolge seiner geringen inneren Schulden ein übermächtiger und gefährlicher Konkurrent sein, der den englischen Handel auf allen Märkten der Welt mit tödlicher Wirkung bekämpfen würde.“

Pariser Meldungen zufolge hat die Bank von Frankreich mit den Zentralbanken der Vereinigten Staaten und Englands Verhandlungen über die Verlängerung des Reichsbankkredits eingeleitet.

Obgleich das endgültige Ergebnis dieser Besprechungen erst Ende Januar vorliegen werde, sei man in maßgebenden französischen Kreisen schon jetzt der Meinung, daß sich sowohl die britische wie auch die amerikanische Zentralbank

Aus der Heimat

Spangenberg, den 14. Januar 1932

„Unterschrift unleserlich.“

Die allermeisten Briefe geschäftlichen oder amtlichen Inhalts werden heutzutage mit der Maschine geschrieben. Sie sind also gut zu lesen. Was auf die Unterschrift — da hapert es — ankommt, so ist es meistens so, daß man sie gar nicht lesen kann. Das ist eine Unterfertigung, die nicht zu entziffern ist, noch als Namenszeichen mit rechtlicher Wirkung angesehen ist, ist zweifelhaft; bekanntlich haben Gerichte vorwiegend derartige Unterschriften nicht als rechtsgültig angesehen, aber erzielenden Wert gegenüber den unbedeutlichen Unterschriften haben solche Unterschriften selbst der Oberinstanz nicht gehabt. Auch nicht gegenüber den Unterschriften, die sich unter gerichtlichen Schriftstücken befinden. Immer wieder sieht man z. B. in amtlichen Bekanntmachungen, die den Zeitungsredaktionen übergeben werden, eine Unterschrift, die man nicht lesen kann. Man muß die Unterschriften leserlich zu machen. Man muß die Unterschriften mit den schon bekannten Buchstaben der Schreibmaschine neben dem Namen des Unterscheidenden neben dem Namen des Unterscheidenden schreiben lassen. Und wenn man es nicht kann, so ist es eine „unleserliche“ Unterschrift, die man nicht lesen kann.

Der Kriegerverein Spangenberg hielt am

Sonnabend, den 9. Januar seine Generalversammlung ab, die von den Kameraden sehr gut besucht war. Nach der Eröffnung eines Berichtes über das Leben des Vereins im abgelaufenen Jahre und Bekanntgabe einiger wichtiger Mitteilungen wurde zu der vorzunehmenden Vorstandswahl geschritten. Die Leitung des Kriegervereins lag bisher in so guten Händen, daß für eine wesentliche Veränderung in der Zusammensetzung des bisherigen Vorstandes ein Bedürfnis nicht vorhanden war. Anstelle des bisherigen Kassierers, des Kameraden Albrecht, der ab 1. Januar 1932 nach Großalmerode versetzt worden ist, wurde Kamerad Louis Vertram in den Vorstand gewählt. Der Vorstand besteht somit aus den Kameraden: Georg Rell 1. Vorsitzender, Aug. Meurer 2. Vorsitzender, Louis Vertram Kassierer und Förster Schuchard Schriftführer. Der Albrecht war 8 Jahre Kassierer des Vereins, mit dem schwersten Amt jeden Vereins. Der Vorsitzende unterschrieb dies ganz besonders und sprach Herrn Albrecht für die dem Verein geleisteten Dienste seinen besonderen Dank aus. Weiter stand in der Versammlung zur Beratung die Abhaltung eines Wintervergäns. Man kam dahin überein, das übliche Wintervergängen in diesem Jahre ausfallen zu lassen, mit Rücksicht auf die die Kreise der Bevölkerung ersagte Not und der Umstand, das gerade im gegenwärtigen Winter große außerordentliche Entschädigungen über das Schicksal unseres Volkes zu erwarten sind, die gerade das Kriegervereinswesen besonders angeht. — Der Kriegerverein zählt 110 Mitglieder, im abgelaufenen Vereinsjahre sind 5 Mitglieder neu aufgenommen worden, 2 sind abgegangen durch Tod, 1 Mitglied ist ausgeschieden. Die Kassenlage ist gut zu nennen.

Am 8. D. A. P. Gestern Abend sprach hier im überfüllten Saale des „Grünen Baums“ Herr Haas über das Thema: Hitler vor den Toren. In spannenden, anschaulichen Worten entwickelte der Redner ein großes Bild von dem, was wir alle in den letzten 12 Jahren seit dem verhängnisvollen 9. November erlebt haben. Wie das Zentrum im Bunde mit der Sozialdemokratie, mit dem Volkspartei als Einzel, Deutschland systematisch zu zerstören wirtschaftlich zu Grunde gerichtet habe. Wie dieses Parteigang dann auch noch die höchsten und heiligsten Güter unseres Volkes: Deutsches Wesen, Deutsche Ehre und Deutsche Gerechtigkeit vernichtet; wie es es größtenteils schon getan habe. Wennsolange habe ein kleines Häuflein von Menschen mit Hitler an der Spitze diesem Erben Inhalt zu bieten versucht, um den vollkommenen Zusammenbruch, den sie schon lange vorausgesehen, zu verhindern. Aber man hörte nicht auf sie, man verfolgte sie. Heute sind wir, wie dieses System seinen Zusammenbruch klar vor Augen sehe, wo alles mit Hitler und der so genannten Arbeit errungen und erarbeitet haben dank dieser ungeliebten Politik vollkommen und reiflos an das Ausland verschleudert. Der Zusammenbruch, vor dem wir heute stehen, erfolge zu früh, denn noch sei der Versuch nicht zu weit, um sich ein Zentrumsoch aufzulegen zu lassen. Es müßte der Volkspartei das Volk vollkommen zermürben. Denn die wirtschaftlich ererbigen Landarbeiter, Arbeiter und Bauern sähen schließlich im Volkspartei ihre letzte Rettung. Diesen enormen Nutzen abzuwenden, sei höchstes Ziel der D. A. P. In diesen Weg zur Freiheit gehen wollen und gehen würde. Er führe zwar über die Lüge dieses Parteiflusses, aber damit auch zum Fall des 231. Deutschlands Alleinhand als Kriege, und damit zur Aufhebung der für Deutschland unentzählbaren Tributlasten. Dieses System müßte gebrochen werden, weil es den Willen zur Freiheit nicht in sich trägt und weil seine parlamentarischen Vertreter zugelassen hätten, daß deutsches Volkstum verschleudert wurde. Ob sie aus Dummheit oder in verbrecherischer Absicht handelten, bliebe sich dabei gleich. Unsere Aufgabe aber wäre es das wieder aufzubauen, was unsere Väter begonnen hätten und unser größtes Ziel müßte es sein, wieder frei zu werden. Unsere Landwirtschaft müßte wieder lauffähig werden, daß sie möglich durch Schließung der Grenzen gegen jede Einfuhr, solange wir im eigenen Lande produzieren könnten. Unsere Landwirtschaft könnte dann wieder laufen, wodurch andererseits wieder unsere Industrie aufleben und unsere Arbeiter Arbeit und Brot erhielten. Die Minister müßten wieder die ersten Diener, nicht Verbieners des Staates werden und der Staat garantieren seinem schaffenden Volk Arbeit und Brot. Wir müßten national werden und wir müßten sozial werden, d. h. wir müßten arbeiten und leben für das Volksganze, gleichgültig ob unser eigenes Ich dabei Vorteil hat. Wir

müßten wieder deutsch werden und treu und fest an die Zukunft unseres Volkes glauben.

Der Hauptgewinn der Preussischen Klassenlotterie fiel in der 4. Klasse mit 100000 Mark auf Nr. 47874.

Wetterlage. Bei aufsteigenden südlichen bis südwestlichen Winden steigen die Temperaturen zunächst wieder an, zunächst dürfte um den Wirbel herumfließende Kaltluft mehr zur Geltung kommen.

Messungen. Ferners Hof ist zum Verkauf gelangt. Die Verhandlungen waren bereits seit längerer Zeit im Gange. Die Stadtverwaltung hat zum Zwecke der Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes das an ihren Besitz grenzende Wohnhaus angekauft, während die gegenüberliegende Scheune in den Besitz der Rößlspinnerei Döffe, die das zur ehemaligen Mühle gehörige städtische Gebäude räumen mußte, übergegangen ist. Ferners Hof ist nur ein altes Recht der Demohör, aber Ferners Hof die Fußbahnstraße entlang zu sehen, jetzt wird auch hier bald eine öffentliche Straße den Promenadenweg ergänzen. Die zu dem ehemaligen Gut in Größe von ungefähr 120 Acker gehörigen Ländereien sollen zum Teil in den Besitz von Landwirten aus Preßlar übergegangen sein.

Aus Stadt und Land.

Kampf den Gefahren. Der preussische Minister des Innern hat mit Rücksicht auf die Bedeutung der im Jahre 1933 in Berlin stattfindenden Ausstellung „Kampf den Gefahren“ für die Gruppen „Polizei und Wehr“ einen besonderen preussischen Staatskommissar in der Person des Herrn Oberregierungsrat Dr. Dehler ernannt. Die Vorarbeiten für die Ausstellung sind bereits im Gange.

Erdrussch verschüttet Gotthard-Eisenbahn. Auf der Auenstraße am südlichen Ende des Bierwaldfriedhofes zwischen Siften und Flüssen hat ein Erdrussch die Gotthard-Eisenbahnstrecke und die Auenstraße verschüttet. Ein starkes Aufgehoben von Bahn- und Straßenarbeitern, Telefon- und Elektrikspersonal konnte nach mehreren Stunden die Bahnlinie wieder frei machen. Die Straße ist aber für mehrere Tage gesperrt. Die abgefallenen Felsen- und Erdbänken haben einen 200 Meter breiten Laubwaldstreifen vollständig durchgeschlagen, ehe sie auf die Straße und die Eisenbahnstrecke stürzten. Die Felsabstürze dauern an.

Der Waffensund in Wien. Nach Angabe der Wiener Polizei sind bei der Hausungung im Arbeiterheim in Dittling 732 Mannlicher-Gewehre, zehn Maschinengewehre, eine Anzahl Säbel, Seitengewehre, Handfeuerwaffen und mehrere hundert Handgranaten gefunden worden. Diese Handgranaten ähneln in ihrer Ausführung außerordentlich den 3300 Metallhüllen, die vor einigen Tagen auf einem der Polizei verdächtig erscheinenden Lastkraftwagen beschlagnahmt und von dem Kraftwagenführer als Schmierbühnen beigegeben worden waren. Die Polizei hat festgestellt, daß bereits Anfang dieses Jahres ungefähr 5000 solcher Hülsen von einer Fabrik, der auch eine Eisendreherei angegliedert ist, geliefert worden sind. Bereits am Montag waren bei einer Hausungung in der Fabrik 800 Hülsen beschlagnahmt worden.

Wegen Waffenschlebung verhaftet. Die Prager Polizei hat den polnischen Staatsbürger Rosskott und zwei tschechische Staatsangehörige verhaftet, weil sie den Verkauf eines Patentes für rasche Umwandlung eines leichten in ein schweres Maschinengewehr an den englischen Waffenförzern Wickers vermittelten. Die Firma Sellier u. Bellot, die Inhaberin des Patentes, erklärte, daß die Erfindung den tschechoslowakischen Militärbehörden angeboten, von diesen aber abgelehnt worden sei. Die Verhafteten werden auch in Zusammenhang mit einer Sowjet-spionagezentrale in Dresden gebracht, die von den drei Beschuldigten verschiedenes geheimes Rüstungsmaterial gekauft haben soll.

Hohe Ehrungen eines deutschen Gelehrten. Professor Georg Raro, dem Leiter des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, wurden anlässlich seines 60. Geburtstages hohe Ehrungen zuteil. Reichspräsident von Hindenburg ließ ein Bild mit eigenhändiger Widmung überreichen, die Reichsregierung sandte ein Ankerkennzeichen. Am Dienstadtgebend fand ein großes Bankett zu Ehren Professor Raros statt, an dem griechische Minister, Gelehrte, Vertreter der deutschen Kolonie und fremder Institute, im ganzen 140 Personen, teilnahmen.

Großfeuer vernichtet eine Ortschaft. — Fünf Tote. Nach einer Meldung aus Tjumen (Westsibirien) vernichtete ein großer Brand im Dorfe Jerimilowa 48 Häuser, die Kirche und die Schule. Vier Bauern und ein Kind kamen in den Flammen um.

Zwei Todesopfer in Schreiberhau

Die Todesfahrt bei der Bobmeisterschaft.

Schreiberhau, 13. Januar.

Das furchtbare Unglück, das sich bei der Austragung der deutschen Vierer-Bobmeisterschaften auf der Bobbahn Oberschreiberhau — Jadschall ereignete, hat bis jetzt zwei Todesopfer gefordert. Es sind dies Frau Major von Berger-Köhlgenbroda und Oswald Nidel aus Oberschreiberhau. Dem Fahrer Schwarzbach, der am Vormittag des Dienstag mit seinem Bob verunglückte und einen Schädelbruch davontrug, geht es bedeutend besser. Schwerverletzt liegen nur noch Frau Amtsgerichtsrat Teßling-Breslau und Walter Jiedrich-Berlin-Wilmersdorf im Krankenhaus, außerdem noch einige Leichtverletzte.

Über die Todesfahrt auf der Bobbahn werden jetzt nach näheren Einzelheiten berichtet. Zehn Maschinen waren bereits einmündig, ohne zu schleudern, über die Bahn gekommen, als plötzlich der erste Bob „Boig“ des Schreiberhauer Führers Alois Loh in der S-Kurve Kufenrand ertitt, mit ungeheurer Geschwindigkeit über den Kufenrand raste, und die Schutzwand durchbrechend in die Zuschauermenge kante. Einem der tödlich Verletzten durchdröhnte eine Kufe den Schädel, dann raste das schwere Fahrzeug über mehr als zwanzig Menschen hinweg, die sich im letzten Augenblick instinktiv zu Boden geworfen hatten und deshalb nur leichter verletzt wurden, fuhr noch zwei starke Fichten um und blieb dann festhaken an einem Baum hängen. Die Befragung ist mit leichten Fleischwunden da angekommen. Eine unbeschreibliche Panik brach aus, viele Augenzeugen der entsetzlichen Begebenheit fielen in Ohnmacht.

Rundschau im Auslande.

Der russische Zentralkontrollausschuss sprach sich für eine Säuberung der russischen Auslandsvertretungen aus. Als Februar bliesse auch England einen Berührungsweg für einflussreichen Welt ein. Die vor einigen Tagen in Valencia wegen monarchistischer Umtriebe verhafteten vier spanischen Offiziere wurden nach den spanischen Gesetzen verurteilt. Durch den Sturm in die Mandchurien sind Japan bisher Kassen im Gesamtbetrag von 31 Millionen Yen erbracht.

Die Landesverwaltung — Landeshaupmann in Sellen — Kassei teilt uns mit:

Am Dienstag, den 12. d. Mts., trat der Landesausschuss zu einer Sitzung im Ständehaus zu Kassei zusammen. Es wurden zunächst über eine Anzahl laufender Verwaltungsfragen und Personalangelegenheiten im Besonderen diskutiert. Sodann wurden, die von der Reichsregierung eingeleitete Preisentzugsaktion im allgemeinen Interesse und auch zu Gunsten des Berufsverbandes selbst tustlich zu fördern, trotz erheblicher hauspolitischer Bedenken folgende Beschlüsse gefasst:

- 1) Die Verpflegungsgebühren in der allgemeinen Klasse der drei Landesheilanstalten werden ab 1. Februar von 3,70 auf 3,20 RM. für den Tag herabgesetzt. Hierbei ist allerdings vorausgesetzt, daß die Trage der Freistellen für die Zeit, während derer der Anfall der Kosten für die Verpflegung der Freistellen erforderlich ist, insbesondere infolge der völlig fehlenden Einkünfte aus den Sorten, nicht zur Verfügung stehen, in einer allen Teilen gerechtfertigten Weise geregelt wird.
- 2) Wegen Senkung der Verpflegungsgebühren in den einzelnen Landeskrankenhäusern wird der Landeshauptmann ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die unter tustlicher Wahrung der Belange sowohl der Krankenhäuser als auch der zahlreichsten Personen und Verbände geboten und möglichst ersichteln.
- 3) Das Pflegegeld für die von der Landesanstalt Homburg betreuten Kinder wird ab 1. Februar 1932 von 1,35 RM. auf 1,25 RM. für den Tag herabgesetzt.
- 4) Die Verpflegungs- und Verpflegungsgebühren in den Landesbibliotheken Kassei und Suda werden ab 16. Januar 1932 um 10 Prozent gesenkt.
- 5) Die Zinsen für Hauspfanddarlehen beim Landesleihanstalt in Kassei werden ab 1. Januar 1932 um 25 v. S. gesenkt, die Schäfer- und Umschreibungsgebühr um 33 1/3 Prozent.
- 6) Die Zinsen für Hauspfanddarlehen bei der Landesleihanstalt in Hanau, die zur Zeit bereits erheblich niedriger sind, als beim Landesleihanstalt in Kassei, werden ab 1. Januar 1932 um 15 Prozent gesenkt, die Schäfer- und Umschreibungsgebühr um 40 Prozent.
- 7) Die Debitoren bei den Landesleihanstalten in Hanau und Suda werden entsprechend der Richtlinien des Sparanlassensverbandes für Sellen-Kassei gesenkt. Bedenken hauspolitischer Natur bestehen, weil der Bezirksverband infolge eines Steueranlasses von mindestens 1,7 Millionen RM. im laufenden Haushaltsjahr (und mindestens 2,5 Millionen RM. in 1932) mit größten hauspolitischer Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so glaubt der Landesausschuss, die vorliegenden Maßnahmen doch in der Erwartung verantworten zu können, daß die hierdurch geförderte Preisentzugsaktion sich auf der Ausgabenseite des Staats mindestens entsprechend auswirkt. Die bestehenden Bedenken sind allerdings umso größer, als die Beschaffungen für die Anstalten, z. B. an Kohlen usw., im allgemeinen bereits zu den bisherigen Preisen für das laufende Haushaltsjahr erfolgt sind.

Die getroffenen Maßnahmen kommen zum größten Teil der gesamten Bevölkerung, zu einem wesentlichen Teil (Verpflegungsgebühren) aber auch den Bezirksfürsorgeverbänden und dem Landesfürsorgeverband selbst zugute. Auch die Krankenassen und Vermögensgesellschaften werden durch die Senkung der Verpflegungsgebühren entlastet. Die Senkung der Zinsen und Gebühren in den beiden Leihanstalten wirkt sich vorwiegend zu Gunsten der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsfreie aus.

Weiter nahm der Landesausschuss zu der von der Staatsregierung beschlossenen Senkung des Staatstheaters in Kassei Stellung. Er erkannte an, daß Einsparungen auf diesem kulturellen Gebiet durchaus notwendig und möglich sind, legte aber Verwarnung dagegen ein, daß von dieser Einsparung nicht alle Staatsbürger in gleicher Weise betroffen werden, insbesondere nicht die Kassei Staatsbürger, die vollständig davon betroffen sollte. Er sprach die Erwartung aus, daß der preussische Staat eingehend der bisher abgenommenen Wünsche doch noch Wege finden wird, das Theater in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Form weiterzuführen. Zugleich wurde der Landeshauptmann ermächtigt, wegen Erhaltung des Theaters mit der Staatsregierung die bereits aufgenommenen Verhandlungen weiterzuführen.

Es wurde festgestellt, daß anstelle des verstorbenen Kommunalhaushaltsgeordneten Mitz nach dem Wahlvorgang der Heffischen Arbeitsgemeinschaft für den Wahlbezirk Kreise Marburg-Land, Marburg-Stadt und Kirchhain der Kandidat August Sonnenstein zu Marburg tritt.

Es wurden als Mitteln der Heffischen Brandversicherungsanstalt an 33 Gemeinden Beihilfen zur Förderung des Feuerlöschwesens im Gesamtbetrag von 37 922 RM. bewilligt.

Die nächste Sitzung des Landesausschusses ist für den 16. Februar vorgesehen.

Sport-Ecke.

Handball.

Die Fortschule spielt mit zwei Mannschaften gegen To „Frober Mut“.

Nachdem vor kurzer Zeit die 1. Mannschaft der Fortschule gegen die 2. des To „Frober Mut“ einen schönen 6:0 Sieg erzielen konnte, will sie am kommenden Sonntag der 1. Mannschaft vom To „Frober Mut“ gegenüber treten. Es wäre verkehrt, aus dem ersten Spiel der Fortschule nun eine Voraussage zu machen, doch ist immerhin anzunehmen, daß die Fortschule ihre Farbe wieder vertreten wird. Die bisherigen Ergebnisse haben allerdings Spannung für das kommende Spiel hervorgerufen. — Die 2. Mannschaft der Fortschule tritt der gleichen Mannschaft vom To „Frober Mut“ gegenüber. Wohl kennen wir die Spielstärke der Schwarz-Weissen, aber die der Grünen ist uns völlig unbekannt, da diese erstmalig antritt. Auch auf den Ausgang dieses Spieles kann man gespannt sein.

Brief Hitlers an Brüning.

Von Hauptmann a. D. Göring in der Reichskanzlei überreicht.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, hat nunmehr auch noch an den Reichskanzler Dr. Brüning ein Antwortschreiben gerichtet. Der Brief Hitlers wurde in den späten Abendstunden in der Reichskanzlei von Hauptmann a. D. Göring überreicht. Das Schreiben lautet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Am 6. Januar teilte mir Reichsinnenminister General Groener mit, es bestünde die Absicht, die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu verlängern bzw. den Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags neu wählen zu lassen. Reichsinnenminister Groener bat mich um Stellungnahme der Partei zu diesem Vorschlag.

Ich beehrte mich, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mitzuteilen, daß die NSDAP, bei aller Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht in der Lage ist, diesen Vorschlag zu unterstützen. Ich lehne daher namens der nationalsozialistischen Bewegung unsere Zustimmung ab.

Die verfassungsmäßigen, außen- und innenpolitischen sowie moralischen Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme bewegen, werde ich Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, mit einer eingehenden Darlegung umgehend zustellen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung bin ich, sehr geehrter Herr Reichskanzler, Ihr sehr ergebener Adolf Hitler."

Reichstag bleibt vertagt.

Der kommunistische Einberufungsantrag vom Reichstagsrat abgelehnt.

Der Reichstagsrat des Reichstags befaßte sich erneut mit der Frage des Wiederbeginns der Plenararbeiten. Der von den Kommunisten eingebrachte Antrag auf Einberufung des Reichstags wurde abgelehnt. Für den Antrag stimmten außer den Unterabteilungen noch die Nationalsozialisten und

die Deutschnationalen. Die Deutsche Volkspartei war der Sitzung ferngeblieben.

Staatssekretär Brüder erklärte im Namen der Reichsregierung, der Zulassung des Reichstags möge nicht vor dem vom Parlament selbst in Aussicht genommenen Termin des 23. Februar erfolgen.

Eine Sitzung der Landvolkpartei, den Reichstag zur Beschlußfassung über einen möglichst bald anzusetzenden Termin für die Reichspräsidentenwahl einzuberufen, wurde zurückgestellt, da die Parteien sich im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen noch nicht dazu äußern wollten.

Der Reichstag

hört seine nächste Vollziehung am Donnerstag ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Ernennung von Mitgliedern des Reichsdisciplinarhofes in Leipzig sowie der Reichsdisciplinarkammern Berlin 11, Dortmund, Frankfurt a. M., Frankfurt (Oder), Karlsruhe, Leipzig, Schwerin, Stuttgart, Trier und Zweibrücken. Ferner wird sich der Reichstag mit Entscheidungen im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und Polen und Danzig beschäftigen.

Paul-Boncour Außenminister?

— Paris, 14. Januar.

Der Chef der zurückgetretenen französischen Regierung, Pierre Boncour, der sich auch um die Bildung der neuen Regierung bemüht, hat mit seinen Bemühungen, die Radikalsozialisten in das Kabinett einzubeziehen, keinen Erfolg gehabt. Herriot hat das ihm angebotene Ministerium des Auswärtigen auf Beschluß der Radikalsozialisten ablehnen müssen. Als Kandidat für das Amt des Außenministers wird jetzt der frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, Paul-Boncour, genannt.

Frauenverbände fordern Wehrhoheit.

— Berlin, 14. Januar.

Sechzehn Frauenverbände veröffentlichten eine Stellungnahme zur Abrüstungskonferenz, in der es u. a. heißt: Die Frauen des nationalen Deutschlands fordern, daß bei den bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen in Genf der ehr-

liche Wille zu völliger Abrüstung sämtlicher an der Konferenz teilnehmender Länder die Grundlage sein muß, falls darf jedoch der Konventionenentwurf der Abrüstungskommission Grundlage der Verhandlungen werden. Eben weil wir keinen neuen Krieg wollen, setzen wir die übersteigerte Rüstung der Staaten an Grenzen immer stärker bedroht, fordern wir das an den Völkern der Welt gewöhnliche Recht auf Selbstwehr, dessen unsere nationale Sicherheit bedarf. Nur so hat Deutschland das Recht auf Wehrhoheit, das seine als Nation entspricht.

"Unglückselige Umstände."

Die Ursachen des furchtbaren Bombenattentats auf den Reichspräsidenten, das die Grundlage der Wehrhoheit bildet, ist ein Ausbruch unter dem Vorhange des Krieges. Es wurde einstimmig festgestellt, daß die Schuld seiner Stelle beigemessen werden kann. Vielmehr das Zusammenstoßen unglückseliger Umstände, die uns in die Lage versetzt haben, einen so tragischen Fall herbeizuführen, wozu der Bomben über die Kurve gekommen ist.

Gerichtssaal.

4. Schwerverbrecher Soika erneut vor Gericht. Der Döppelner Schöffengericht stand der weit über Döppel hinaus bekannte verurteilte Ein- und Ausbrecher Soika, der noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte, der noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte, den bekannten Einbruch in das Döppelner verhörsaal in Döppel größere Mengen Sprengstoff gestohlen hatte, den bekannten Einbruch in das Döppelner verhörsaal verurteilt und kurze Zeit darauf in Döppel in Breslau einen Kassenbraten geklopft und schließlich in die Krone aufgelegt. Vor dem Döppelner Schöffengericht hatte er sich wegen des Sprengstoffdiebstahls in Döppel zur Verantwortung. Wegen der übrigen Straftaten ist der Haus erhalten. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus.

Am Sonntag, den 17. Januar nachmittags 2 Uhr im „Grünen Baum“

Öffentl. Versammlung der K. P. D.

Referent: Weibbindermeister Jung, Hess-Lichtenau

Thema: **Die N. S. D. A. P. der große Volksbetrug.**

Eintritt 20 Pfg. — Erwerbslose 10 Pfg.

Unbeschränkte Aussprache.

Es ladet hierzu ein

Kommunistische Partei Deutschlands Ortsgruppe Spangenberg.

3-4

Zimmer-Wohnung

zum 1. April gesucht.

Dr. Glombiga
Reichsamt Elberseer.

Feinstes

Sauerkraut

frisch eingetroffen

Karl Bender.

T. V. „FROHER“ MUT SPANGENBERG

Sonnabend, den 16. Januar 1932 im Saale des „Grünen Baum“ (Vereinslokal)

7.30 Uhr Vorstandssitzung

8.30 Uhr Jahreshauptversammlung

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom Weihnachtsverkauf.
 2. Jahresabrechnung des Kassierers, sowie der Handball-Abteilung.
 3. Jahresbericht des Vorsitzenden, des Oberturnwarts, des Spielwarts, Jugendwarts und Schwimmwarts.
 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
 5. Aufstellung eines Vorloften-Anschlages für 1932.
 6. Ermäßigung und Festlegung der Mitgliederbeiträge.
 7. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. Auch die Turnweizinnen sind zu der Versammlung eingeladen.

Ueber die Mitglieder, die bis zur Jahreshauptversammlung mit der Beitragszahlung im Verzug sind, wird in der Vorstandssitzung endgültig Beschluß gefaßt.

J. A. Chr. Engerott,
1. Vorsitzender.

Das alte gute

Rüboel

offert

H. Mohr.

Sämtliche Seifen-Preise ermäßigt.

Rosa Indika-Seife	Stck. nur 20 Pfg.
Lavendel-Seife 61	" " 25 "
Rosa Villosa	" " 30 "
Feinseife Europa 70	" " 30 "
„Ein erfüllter Wunsch“	" " 30 "
„Veilchen 102	" " 35 "
„Alte Lavendel 1010	" " 50 "
Kernseife gelb 1/2 Pfd. schwer	" " 15 "
„weiß 1/2 Pfd. schwer	" " 18 "
Schmierseife gelb Pfd.	" " 26 "
„Silberseife	" " 35 "
„gekörnte	" " 38 "

Bei größerer Quantitäts-Abnahme noch billiger!

„HANSA“

Lebensmittelhaus Spangenberg.

Bekanntmachung.

Am Freitag, d. n. 15. Januar 1932, vormittags von 9 bis 11 Uhr findet die

Erhebung der Brandsteuer für 1932

in der Gastwirtschaft zur „Stadt Frankfurt“ statt.

Spätestens in diesem Termin müssen auch die noch rückständigen Landestreibzinsen bezahlt werden.

Landesrenterei Melsungen.

VON HEUTE AB:

Kuhfleisch	... a. Pfd. nur 50
Rindfleisch beste Qual.	... 65
Kalbsteisch	... 60

Wilhelm Holzhauser
Metzgermeister.

Gesangverein
„Viertelstern“

Freitag Abend 1/2 9 Uhr

Gesangstunde

1. u. 2. Tenor

Der Vorstand.

Chorverein
„Viertränchen“

Donnerstag abd. 1/2 9 Uhr

Gesangstunde

Der Vorstand.

Inseriert.

Ia. frischen

Kochkäse

empfehl

Karl Bender.

Freitag früh:



Ia. Schellfisch,
Fischfilet,
Bücklinge,
Lachs,
Fleischsalat,
Schmandheringe

H. Mohr.

Brennholzverkauf.

Der Preussische Staatsobersorfor Oberförsteri Spangenberg

verkauft am Montag, den 25. Januar 1932, 9 Uhr vormittags bei Gastwirt Stöhr in Spangenberg aus den Forstereien: Dönnbach, Glasbach, Möckem und Kallenbach

Buchenscheit und Knüppel.

Nutzholz nach Bedarf.

Futterhaferstroh

billiger

Karl Bender.

Billige gute Hülsenfrüchte

off.

H. Mohr.

Gutkochende Hülsenfrüchte wie:

grüne Erbsen,
Linsen,
weiße Bohnen

empfehl zu billigsten Preisen

Karl Bender.

Mädchenberufsschule.

Heute Abend 8 Uhr:

Vortrag über Persil

Ort: Alte Schule.

Der Schulleiter.